

Freiräume für die Jugend

Tobias Burdukat ist verantwortlich für das Projekt „Dorf der Jugend“ in Grimma. Angelehnt an ein humanistisches Weltbild macht er gemeinsam mit Jugendlichen aus der Umgebung auf dem Gelände der „Alten Spitzenfabrik“ Jugendarbeit, die sich auch und vor allem mit Antirassismus und Antisexismus befasst. Burdukat erhebt auch immer wieder seine Stimme gegen die Vereinnahmung von Jugendlichen und Jugendsozialarbeit durch Neonazis.

TUP: Herr Burdukat, über 150 Menschen wurden seit 1989 Opfer rechter Gewalt. Es gab mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) eine terroristische Gruppe, die über Jahre aus fremdenfeindlichen Motiven gemordet hat. Die AfD ist mittlerweile in zahlreichen Parlamenten vertreten. Die Befunde und Fakten liegen auf dem Tisch. Warum wird aber bis heute vielfach so getan, als ob es keine Gefahr von rechts gibt? Was sind die Gründe?

Burdukat: Eine große Rolle spielt sicherlich, dass es überhaupt kein Verständnis dafür gibt, was Faschismus und Antifaschismus ist. Dabei ist es ganz einfach, wenn man nur die beiden Wörter nimmt. Es gibt eine klare Definition, was Faschismus ist, wie der entsteht, was die Gefahren dahinter sind. Da gibt es wenig Spielraum. Antifaschismus ist die ablehnende Haltung gegen diese klar definierte faschistische Ideologie. Es gibt nach meinem Empfinden nicht ein bisschen faschistisch oder antifaschistisch. Es gibt entweder antifaschistisch oder faschistisch. Da ist nirgendwo eine wie auch immer geartete Mitte. Ich habe in Kommentaren immer mal gelesen, wie Leute anfangen zu definieren, dass zwischen Faschismus und Antifaschismus die Mitte Demokratie wäre. Das ist völliger Nonsens. Das entbehrt jedweder Grundlage.

Eigentlich müsste jede*r Demokrat*in Antifaschist*in sein.

Genau! Rein theoretisch muss jeder, der von sich sagt: Ich bin Demokrat, gleichzeitig auch von sich sagen: Ich bin Antifaschist, weil Faschismus einer Demokratie entgegensteht. Punkt. Da gibt es eigentlich überhaupt keinen Spielraum. Es wird aber, aus welchen Gründen auch immer, ein Spielraum von Rechts-Links-Mitte konstruiert, der diese ganze Debatte vollkommen verwischt und alles undefinierbar macht. Ich habe daher schon vor langer Zeit für mich persönlich angefangen, Begrifflichkeiten wie rechts oder links aus meiner Argumentation und aus meiner Arbeit herauszuhalten, weil diese einfach unklar und undeutlich sind. Mit jemandem, der einen Staatskommunismus favorisiert und der nach dieser riesengroßen Definition auch als links zählen würde, mit dem habe ich persönlich genauso ein Problem wie mit jemandem, der einen Nationalstaat favorisiert. Von daher eignen sich die Begriffe überhaupt nicht, um irgendwelche Situationen, Zustände, politischen Überzeugungen auch nur annähernd zu beschreiben.

Hinzu kommt sicherlich der Umgang mit Rassismus oder Antisemitismus. Es wird viel zu selten klar gesagt, dass rassistische oder antisemitische Aussagen oder gewalttätige Übergriffe einfach scheiße sind. Anders kann ich es nicht bezeichnen.

Es gibt seit zwanzig Jahren die Studien von Wilhelm Heitmeyer zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Aus den Erkenntnissen folgt aber keine kontinuierliche Politik gegen Faschismus und Rechtsextremismus. Das andere ist dieser schon im schlechtesten Sinne legendäre Satz von Kurt Biedenkopf aus den Neunzigerjahren, wonach es keinen Rechtsextremismus in Sachsen gibt. Ich finde, das bedingt sich. Wie kann es zu einem solchen Verschweigen oder bewussten Ignorieren der Tatsachen kommen?

Ich kann immer nur für Sachsen sprechen. Ich arbeite hier, ich kenne mich hier am besten aus, um etwas dazu zu sagen. Nach meinem Eindruck wurde über Jahrzehnte zu DDR-Zeiten gesagt, dass es kein Problem mit Faschismus gibt. Ab dem 9. Mai 1945 gab es auf dem Gebiet der DDR quasi keine Nazis mehr. Das ist natürlich völliger Nonsens. Die Ideologie steckte ja in den Leuten drin. Wir sprechen von einem geschlossenen nationalsozialistischen Weltbild mit dem Inhalt einer Rassentheorie und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als wesentlichem Bestandteil dieser Ideologie. Diese Ideologie war allumfassend. Es muss also viele Menschen gegeben haben, die ein geschlossenes nationalsozialistisches Weltbild hatten. In Westdeutschland gab es durch die 68er-Bewegung, in den Siebzigerjahren durch soziale Bewegungen einen gesamtgesellschaftlichen Versuch, die NS-Vergangenheit irgendwie aufzuarbeiten ...

Das hat aber auch über zwanzig Jahre gedauert.

Das stimmt. Aber es kam dazu. Ich denke, das ist ein großer Schritt gewesen, und das war unwahrscheinlich wichtig für die Gesellschaft in Westdeutschland. In Ostdeutschland stellte sich die Situation vollkommen anders dar. Da gab es offiziell ab dem 9. Mai 1945 keinen Faschisten mehr, weil die Deutsche Demokratische Republik die Staatsdoktrin des Antifaschismus hatte. Es gab Ansätze von Studien, die gemacht wurden, zu sogenannten rechtsneonazistischen Jugendlichen. Die Studien wurden ruckzuck wieder eingestellt, weil man festgestellt hatte, dass der überwiegende Teil aller Straftaten, die als Straftaten deklariert wurden in der DDR, politisch motiviert waren. Es wurde alles beiseitegewischt und gesagt, dass das Rowdys sind, abweichende Jugendliche. Man hat es nicht thematisiert. Es gab keine Aufarbeitung. Die Folge: Dieses geschlossene Weltbild wurde von Generation zu Generation weitergegeben – und bis heute nicht aufgebrochen. Es wird einfach nicht thematisiert. Man hätte die Chance gehabt, das 1990 zu tun. Aber was hat jemand wie Kurt Biedenkopf gemacht? Der hat das unter den Teppich gekehrt und hat, aus welcher Motivation heraus auch immer, die DDR-Staatsdoktrin: „So etwas gibt es bei uns nicht“ einfach weitergeführt. In den ländlichen Regionen von Sachsen kann man heute hinfahren, wo man will, und Leute befragen, wie man möchte, das Ergebnis wird immer sein: Jene, die sich gegen Menschenfeindlichkeit positionieren, sind schuld daran, dass es zu Auseinandersetzungen kommt.

Die „Rechten“ haben sozusagen ein Recht, sich zu wehren?

Ja, genau. Eine vollkommene Täter-Opfer-Umkehr, die immer noch verankert ist. Wenn man Dinge benennt und es in dessen Folge zu Konflikten kommt, ist derjenige schuld, der den Konflikt benannt hat. Es ist nicht das Problem, dass es die menschenfeindlichen Einstellungen gibt, sondern es ist das Problem, dass irgendjemand diese menschenfeindlichen Einstellungen benennt. Es mokiert sich der ganz „normale“ Bürger, weil man durch die Benennung seine heile Welt angreift. Man ist quasi ein Nestbeschmutzer.

Wenn es dann tatsächlich zu Reaktionen vonseiten der Neonazis kommt, wird von denen, die sich gestört fühlen, eher weggeschaut?

Ob nationale Aufmärsche, Pegida oder Pro Chemnitz durch dieses verankerte Denkmuster eine Legitimation bekommen? Ja, das ist so. Das ist dann auch okay, wenn die das machen. Wenn aber in Würzen 200 Antifaschisten demonstrieren und sagen: Es gibt hier ein Nazi-Problem, dann sind die Antifaschisten das Problem, weil sie auf etwas aufmerksam machen, was niemand wissen, was niemand hören und was niemand sehen will.

Es gibt also für eine potenziell antifaschistische Bewegung weniger Rückendeckung als für die Neonazis?

Es gibt überhaupt keine Rückendeckung. Wenn es Rückendeckung gibt, dann im Stillen. Es gibt Leute, die einem diese Rückendeckung im persönlichen Gespräch kundtun.

Ich habe hier in Grimma ein Beispiel. Viele Jugendliche des Gymnasiums sind bei mir in Projekten und ich kenne die Problemlage des Gymnasiums. Da sprechen wir seit einem Jahr von Mobbing, und zwar tagtäglich. Mobbing gegenüber den Jugendlichen, die sich gegen Menschenfeindlichkeit aussprechen und klar kommunizieren: Es ist scheiße, Nazi zu sein! – Die werden gemobbt. Es gab dann eine große Banner-Aktion am Baugerüst des Gymnasiums von der Identitären Bewegung, die mehr oder weniger das i-Tüpfelchen war. Die Wahrscheinlichkeit, dass da Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums mitgewirkt haben, ist sehr hoch. Wenn man sich die Instagram-Profile und die YouTube-Kanäle genauer anschaut, ist es heute ein Leichtes, Informationen über Leute herauszubekommen. Da sieht man, in welchem Ausmaß Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums mit klaren nationalistischen Bewegungen oder der Identitären Bewegung sympathisieren. Wenn zum Beispiel Jugendliche Flyer für Veranstaltungen, Vorlesungen, Diskussionen oder Konzerte bei uns auslegen, werden die Flyer ausgetauscht und durch Flyer von der Identitären Bewegung ersetzt. Es interessiert niemanden. Der Schuldirektor hat in der Zeitung kommuniziert, dass es an seiner Schule kein Problem mit der Identitären Bewegung gibt. Daraufhin bin ich in den Stadtrat und habe öffentlich gefragt, wie er denn zu der Annahme kommt. Warum er so etwas behauptet, wo es doch dokumentierte Fälle von Mobbing und von Diskriminierung an seiner Schule gibt. In der Folge bin ich jetzt natürlich bei der Stadt, bei der Schulleitung, bei den Eltern der Buhmann, weil ich das kommuniziert habe.

Haben dann letztlich die Identitären und andere aus der Szene ein noch größeres Selbstbewusstsein, weil sie meinen, dass sie für die Mehrheit sprechen?

Natürlich. Die schweben auf Wolke sieben, was ihr Selbstbewusstsein betrifft. Die bekommen ja auch aus allen erdenklichen Richtungen Rückendeckung. Wenn Politikerinnen und Politiker sich dem hingeben – nicht in dieser Radikalität, klar, da gibt es Abstufungen – und mit in das Horn blasen, dann unterstützt sie das.

Gibt es eigentlich einen gravierenden Unterschied vom Leben in einer größeren Stadt zu dem in einer kleineren Stadt oder in ländlichen Regionen, wenn man bei dem Thema Neonazis Position bezieht?

Aus heutiger Perspektive ist es, gerade wenn man Chemnitz mit ins Feld führt, egal. Da bin ich hier vielleicht sogar noch geschützter, weil ich von hier komme und schon lange hier

lebe. Leipzig muss man wirklich ausnehmen. Aber ansonsten nimmt es sich nichts, wo man in Sachsen lebt. In den ländlichen Regionen hat man das Problem, dass es so gut wie gar nichts gibt, was dem entgegensteht. In Städten gibt es eher alternative Angebote, gerade für Jugendliche.

Was machen die Jugendlichen hier, wenn sie nicht bei Ihnen sind?

Die hängen irgendwo herum. Wir haben ja auch keine Streetworker mehr hier im Landkreis. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Jugendhäusern haben mobile Anteile in ihrer Arbeit. Die sollen eigentlich mit den Jugendlichen draußen arbeiten. Das machen sie aber nicht – seit Jahren! Das hat Folgen. Ich kann aus dem Stegreif hier in Grimma zehn Gruppen von Jugendlichen benennen, die völlig abseits von jedwedem Zugriff oder von jedweder Kommunikation herumhängen und wirklich gravierenden Mist bauen: Drogen, Alkohol, Gewaltdelikte. Das führt immer mehr zu einer Verrohung. Es interessiert aber niemanden. Und es nimmt immer mehr zu. Selbst hier auf dem Land kann man schon fast davon reden, dass die Jugendlichen wie Gangs sind. Man kann nicht einmal davon reden, dass die irgendwie besonders politisiert wären. Sie tun zwar so, aber wenn man genauer nachfragt, weiß weder die eine was Faschismus noch die andere was Antifaschismus ist. Das ist so eine Wahl wie: Ich bin Bayern- oder Dortmund-Fan. Und dann gibt es natürlich jene Jugendlichen, die damit eher weniger zu tun haben wollen; die sich ins Häusliche zurückziehen. Die sind dann auch weit weg von jedweder Jugendarbeit. Wenn man betrachtet, wie lange es hier schon keine wirklich aktive Jugendarbeit mehr gibt – sofern es sie überhaupt irgendwann einmal flächendeckend gab –, hat das natürlich Auswirkungen.

Inwiefern?

Der Auftrag von offener Kinder- und Jugendarbeit ist es, den Jugendlichen dabei zu unterstützen, zu einem eigenständigen, selbstständig denkenden und handelnden und sich in das Gemeinwesen einbringenden Individuum zu werden. Und wenn das flächendeckend nicht stattfindet, weil es kaum noch Jugendarbeit gibt, wird es schwierig. Ich muss in diesem Zusammenhang auch infrage stellen, ob dieser Prozess der Eigenständigkeitsentwicklung und des Menschwerdens erreicht wird, wenn Bastel-Workshops gemacht werden oder Sozialarbeiter bei den Hausaufgaben unterstützen. Der entscheidende Punkt ist aber noch ein anderer: Wenn Jugendliche sich ins Häusliche zurückziehen oder in Gangs agieren, entwickeln sie sich ja trotzdem. Es fehlt nur der begleitende Prozess. Bei manchem entwickelt sich etwas im Studium. Das ist gut. Bei manchen passiert das automatisch, weil die Eltern solche Prozesse durchlaufen haben. Bei manchen passiert das in der evangelischen Jugendarbeit, weil solche Prozesse dort in den Jugendgemeinden laufen. Aber ich würde behaupten: Beim überwiegenden Teil der Jugendlichen passiert dies nicht.

Aus welcher Motivation kommen die Jugendlichen zu Ihnen?

Da müsste man eher die Jugendlichen fragen. Was ich sagen kann: Sie bekommen hier eine Begleitung für das, was sie machen wollen. Die Jugendlichen können ihren Bedürfnissen entsprechend Dinge realisieren, und ich begleite sie dabei. Mehr ist es nicht. Ich mache das, was in den Siebzigerjahren als Jugendarbeit bezeichnet wurde.

Was auch noch gemacht werden sollte: sich um die Jugendlichen kümmern; Angebote machen, die zeitgemäß sind.

Wird aber nicht gemacht.

Bei allen möglichen finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen: Warum müssen Sie immer wieder um Mittel kämpfen? Was sind Ihre Erfahrungen? Ist es politisch nicht gewollt?

Ja, wobei es nicht so ausgesprochen ist. Ich fände es ziemlich cool, wenn die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker dazu einmal klar Stellung beziehen. Entweder sie sagen: Ja, wir wollen in all den Bereichen, die im SGB VIII und im SGB XII geregelt sind, Soziale Arbeit haben. Wenn sie das sagen, dann haben gefälligst auch die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu bestimmen, wie die finanzielle Ausstattung sein und wie die Arbeit vonstatten gehen sollte. Und eben kein Politiker, der vielleicht Betriebswirt ist und von Sozialer Arbeit und von den Prozessen, die da ablaufen, überhaupt keine Ahnung hat. Das ist das eine.

Oder?

Ja, oder sie sagen: Nein, das wollen wir nicht; wir wollen die Soziale Arbeit nicht. Dann ist das auch eine Aussage. Dann können die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen sagen: Okay, das ist nicht gewollt von der Politik in Deutschland. Dann gehen wir in andere Länder, wo Soziale Arbeit ein anderes Standing hat und wo wir als Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter auch gewollt sind. Aber diese klare Aussage hat es so noch nicht gegeben.

Was war Ihr Motiv, Sozialarbeiter zu werden?

Für mich kam nur Jugendarbeit infrage, weil ich gerne meinen Teil zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen möchte. Und das kann ich in diesem Berufsfeld eben am besten, indem ich darauf achte oder mich darum kümmere, dass Jugendliche noch Jugendliche sein können. Das ist mein Auftrag, und das ist meine Aufgabe. Klar ist Jugendarbeit ein Feld, wo mit den Jugendlichen in einer Phase gearbeitet wird, in der sie auch ein bisschen aufmüpfig sind. Das gehört aber zum Jungsein dazu. Dies wird jedoch oft verdrängt, da Kinder und Jugendliche – immer öfter mit Blick auf das berufliche Fortkommen – von früh auf funktionieren müssen. Jugend ist jedoch ein Begriff, den es seit etwa hundert Jahren gibt. Anfang des 20. Jahrhunderts hat man begonnen, von Jugend als Entwicklungsphase zu sprechen. Davor gab es das nicht. Man ist bis zum Alter von 12 oder 13 Jahren in die Schule gegangen und dann ging es aufs Feld oder in die Fabrik. Da war kein Raum für Jugend. Und so ist es heute fast wieder.

Was ist darüber hinaus das Spannende an der Arbeit mit Jugendlichen?

Gesellschaftliche Entwicklungssprünge können nur entstehen, wenn Jugend Jugend sein kann. Die Jugend ist der Motor für unsere gesellschaftliche Entwicklung. Und wenn man den Motor für die gesellschaftliche Entwicklung nicht „betankt“, dann läuft er halt nicht. Dann wird er ausgebaut. Dann findet keine Entwicklung mehr statt.

Haben Jugendliche, die bei den Neonazis unterwegs sind, wie auch immer geartete Freiräume?

Die haben Räume, die sie von den Neonazis zur Verfügung gestellt bekommen. Und wenn Jugendarbeit oder die Gesellschaft als Allgemeines keine adäquate Alternative zu dieser Spielwiese von den Neonazis zur Verfügung stellt, dann geht der Jugendliche zu den Neonazis, zur Identitären Bewegung. Dort kann er sich dann ausprobieren.

War das in Ihrer Jugend auch schon so?

Ja. Es war aber noch ein bisschen brutaler als jetzt. Die aktive körperliche Gewalt ist gegenwärtig noch nicht da; die war bei uns real.

Diese Personen muss es doch jetzt auch noch geben; nun vielleicht sogar mit Familie?

Die triffst du heute mit Familie beim Bäcker. Du weißt, es sind die, die dich früher gejagt haben.

Ist die Familie bei denen dann Fassade und sind die eigentlich immer noch so wie vor zwanzig Jahren?

Die sind immer noch so. Wenn es hart auf hart kommt, würden die wieder bereitstehen. Gravierender aber noch: Sie geben ihre Einstellungen letztlich an ihre Kinder weiter ...

... die dann potenziell wiederum möglichen Einfluss an Schulen ausüben?

Genau. Und so wird dieser Kreislauf überhaupt nicht durchbrochen. Um diesen Kreislauf, dieses sich fortpflanzende, geschlossene Weltbild zu durchbrechen, braucht es eine flächendeckende Intervention. Da müssen alle demokratischen Kräfte und Institutionen mitmachen. Wenn etwa Schulen, Kommunen oder Träger nicht mitmachen, dann geht es so weiter. Man kann mit Jugendlichen arbeiten und mit Kindern. Das geht aber nur an den Orten, wo sie viel Zeit verbringen. Und das ist nun mal die Schule. Oder die Bushaltestelle – zumindest hier. Also brauchen wir flächendeckend Streetworker; und wir brauchen einen anderen Umgang von der Schule mit der Thematik Nationalsozialismus und Faschismus. Es kann nicht sein, dass sie zwei Monate in der Schule den Nationalsozialismus behandeln. Das muss irgendwie in einer anderen Dimension passieren oder mit einer anderen Tiefe.

Wohlmeinende Beobachter*innen sagen, es sei wichtig, wenn sich politisch Verantwortliche und die demokratische Zivilgesellschaft erkennbar und deutlich gegen Neonazis stellen. Es sei ein positives Zeichen für jene, die auch nichts mit Neonazis zu tun haben – so die Annahme. Wie sind da Ihre Erfahrungen? Ist das so?

Auf der einen Seite ja. Ich denke, für Bürger XY kann das für seine Wahrnehmung entscheidend sein. Es sollte auch aktiv passieren. Es bringt uns aber dem nicht näher, um irgendwann einmal sagen zu können: Wir haben kein Problem mehr mit Neonazismus, Rassismus, Nationalismus. Das ist gut, aber nicht um die Einstellungsmuster der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu bearbeiten. Da braucht es flächendeckend einen ganz anderen Umgang damit. Da braucht es klare Positionierungen zu Sozialer Arbeit. Ich spreche bewusst von Sozialer Arbeit. Es gibt ja Unmengen von Projekten, die sich mit Demokratiebildung

und mit Diskriminierungssachen auseinandersetzen. Alles gute Projekte, aber häufig keine Projekte, wo Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter involviert sind, sondern Politik, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die braucht es auch, aber die praktische Umsetzung bedarf der Einbindung und Verantwortung durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Davon bin ich überzeugt. Da haben wir noch viel zu tun. Da hat aber auch die Soziale Arbeit viel zu tun. Sie hat es in den letzten Jahren ein wenig versäumt, aktive Kommunikation nach außen zu betreiben, um den Wert ihrer Arbeit hervorzuheben.

Interview: Peter Kuleša

Tobias Burdukat

ist Projektkoordinator und Sozialpädagoge im „Dorf der Jugend“ des FJZ e.V. in Grimma und Lehrbeauftragter im Bereich Jugend als Sozialisationsphase und Offene Kinder- und Jugendarbeit an der HS Mittweida (FB Soziale Arbeit).